

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Lieferung durch die Post 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM. zuzüglich Abgabe- und Postgebühren. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Abbestellen und Anzeigenannahme zu jeder Zeit. Besondere Anzeigen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Streik oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vornahme der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — In druckend eingeleiteter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.



Angelagerter Preis: die 8-spaltige Raumzeit 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2-spaltige Reklameweile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachdruckgebühren 20 Reichspfennig. Post- und Abgabengebühren sind zu zahlen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Abbestellen und Anzeigenannahme zu jeder Zeit. Besondere Anzeigen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Streik oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vornahme der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — In druckend eingeleiteter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 35 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 11. Februar 1930

Das Spiel kann beginnen.

Der Vorhang hebt sich und das Spiel beginnt: die Vertreter des deutschen Volkes sind nun beisammen, um am letzten Akt der Verhandlungen über den Young-Plan entscheidend mitzuwirken und über alles, was sonst noch mit diesem „Neuen Plan“ zusammenhängt. Fast auf den Tag genau ist's ein Jahr her, seit in Paris zum erstenmal der Vorhang sich hob, der erste Akt dieses Spiels begann, das dann im Haag und auf ein paar Neben Bühnen seine Fortsetzungen fand. Von überreichlich harter Kritik ist der Verlauf dieses Spiels begleitet worden und bisweilen steigerte sich diese Kritik noch zu sehr heftigem Protest. In Deutschland vergrößerte sich, denn das Ausland war im allgemeinen mit dem Geschehen auf der Bühne und ihren Schauspielern recht zufrieden. Geschichte letzter regelten Beifalls- und Mißfallensäußerungen, — aber die deutschen Akteure wurden oft, allzuoft „an die Wand gespielt“. Es hat ja seinen Zweck mehr, mit nachhinkender Kritik einzelne Schwächen, Mißgriffe, Kunstfehler der deutschen Delegation in Paris und dann später bei den Haager Konferenzen und sonstigen Verhandlungen noch einmal anlagend oder entschuldigend, verstehend oder mißbilligend zu streifen, — ändern läßt sich dadurch an der jetzt vor dem Reichstag stehenden Tatsächlichkeit ebenso wenig wie die Wünsche erfüllbar waren, die von den deutschen Delegationen in diese „Liquidierung des Weltkrieges“ hinein mitgebracht wurden. Immer stand für sie drohend im Hintergrund die Beibehaltung des Dawes-Plans, stürmte sich außerdem deutsche Wirtschaftskräfte und deutsche Finanznot zu immer dunkleren Wolken auf. Und schon steht auch zwischen den deutschen Parteien, die grundsätzlich für Annahme des Young-Plans sind, neue Zwietracht auf. Wie man es schon mehrfach beschlossen hat, soll der Reichstag bzw. die Regierungskoalition es auch durchführen: Young-Plan und Steuererhöhung, besser gesagt: Ordnung der Reichsfinanzen sollen zusammengepackt, gemeinsam erledigt werden. Daran bringt besonders die Zentrumspartei, die es schmerzlich empfindet, daß die Saarfrage immer noch nicht „liquidiert“ ist, und die auch schwere Bedenken gegen manche Vereinbarungen im deutsch-polnischen Abkommen hat. Nun ist aber namentlich von der Sozialdemokratie schärfste Kritik gegen die Pläne Dr. Moldenhauers geübt worden darüber, wie die Neuordnung der Reichsfinanzen erfolgen soll, und noch länger ist also ein rasches Fortschreiten in der von dem Reichsfinanzminister gewünschten Richtung, ja nicht einmal ein Beschreiten dieses Weges möglich gemacht. Mit steigender Dringlichkeit macht das Zentrum jedoch seine Forderung auf gleichzeitige und gemeinsame Regelung dieser innerlich auch zusammengehörigen Fragen geltend: der Einwand, daß die Neuordnung der Finanzen zuviel Zeit erfordere und damit die internationale Ratifizierung des Young-Plans, die Rheinlanddrängung usw. verzögere, treffe — nach Ansicht des Zentrums — bei einigermaßen gutem Willen nicht zu.

Die sich der Ratifizierung des Young-Plans im Reichstag entgegenstellende Opposition wird es natürlich als ihre Pflicht ansehen, beim letzten Akt des Spieles energisch mitzuwirken und die eben angeedeuteten Differenzen auszunutzen. Die Gegenspieler werden ja größtes Gewicht darauf legen, das Spieltempo nicht schnell werden zu lassen, und können sich dabei auf die unzweideutig geäußerte Ansicht mehrerer Regierungsparteien berufen, daß Grund zu einer solchen Übersetzung nicht vorliege, viel mehr Zeit genug auch für die finanzielle Neuordnung im Reiche da sei. So wird das Spiel auf der Reichstagsbühne — und hinter den Kulissen — weniger ein rasches Tempo als recht stürmische und laute Formen annehmen. Das Zentrum hat schon mehrfach Vorstöße nach der Richtung hin gemacht, die Koalitionsparteien zu einem gemeinsamen Vorgehen in all den außen- und innenpolitischen Fragen, die jetzt zur Entscheidung stehen, zu veranlassen; auch das Verhalten des bayerischen Ministerpräsidenten im Reichsrat sollte dementsprechend wirken. Und so wird als eigentliche „Kulissenarbeit“ wohl erst eine Klärung dieser reichlich komplizierten parteipolitisch-parlamentarischen Lage vor sich gehen müssen. Das wird — Zeit kosten. Gerade vor elf Jahren ist ja auch die erste Volksvertretung der neuen Deutschen Republik zusammengekommen und oft genug ist sie und fast jede ihrer Nachfolgerinnen vor schwerer Entscheidung gestellt worden: Versailles und Londoner Ultimatum, Entscheidung über Oberstes und über den Ruhrkampf, dann wieder das Londoner Abkommen mit dem Dawes-Plan. — und nun haben wieder solche Tage und Stunden, in denen die Vertreter des deutschen Volkes die ganze Wucht der auf ihre Schultern gelegten Verantwortung fühlen werden.

Anschlag auf Ostlands Staatsältesten.

Zwischenfall beim Besuch Strandmanns in Warschau. Als der ehemalige Staatspräsident Strandmann zur Feier der Vereinerung des Ehrenbürgerrechts an ihn in die Universitätsstadt in Warschau fuhr, verübte ein 24jähriger Mann namens Zielinski, auf das Treibrett des Autos zu springen. Er wollte offenbar ein Attentat verüben, russische jedoch aus, fiel in den Schnee und wurde sofort von der Polizei ergriffen. Zielinski handelt es sich um einen Geisteskranken.

Die Prüfung des Haager Werkes

Young-Plan im Reichstag.

Begründung durch Dr. Curtius.

Allen Anschein nach treten mit der diesmaligen Wiedereröffnung des Reichstages die Abgeordneten an eine der schwersten Aufgaben heran, die auf innenpolitischen Gebieten seit der Beendigung des Krieges entstanden sind. Die Abgeordneten sollen entscheiden, ob der Young- oder der „Neue Plan“, wie er sich nach Abschluß der zweiten Haager Konferenz gestaltete, von der deutschen Volkswirtschaft im ganzen angenommen wird und durch entsprechende verbindliche Vorschriften Gesehwirkung erhält. Sämtliche Reichstagsfraktionen hielten Montag in Berlin bereits Besprechungen als Vorbereitung für die Dienstag-eröffnung der Debatte über die Young-Gesetze ab. Alles Voraussetzt nach wird Reichsaussenminister Dr. Curtius alsbald nach Sitzungseröffnung die Begründung der von der Regierung vorgelegten Entwürfe übernehmen.

Die Tagesordnung des Reichstages für Dienstag umfaßt die Gesetzentwürfe über die Haager Konferenz in Verbindung mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen. In natürlichem Zusammenhang damit stehen die großen finanzpolitischen Fragen, über welche die Fraktionen ebenfalls Montag berieten. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer beabsichtigt in den nächsten Tagen die Verhandlungen mit den Sachreferenten der Regierungsparteien über den Haushalt und die Finanzfragen fortzusetzen, um gemäß dem Wunsch des Zentrums und der bayerischen Volkspartei eine Klärung bis zur dritten Beratung der Young-Gesetze zu erreichen. Wann diese stattdes, ist noch nicht abzusehen, denn die Reden und Gegenreden im Reichstag werden sicher längere Zeit in Anspruch nehmen.

Die schwierigen Liquidationsabkommen.

Nimmt man auch in unterrichteten Kreisen an, daß an einer Mehrheit im Reichstag für die Young-Gesetze nicht zu zweifeln ist, so besteht diese einwandfreie Überzeugung in bezug auf die verschiedenen Liquidationsabkommen nicht, besonders nicht mit Hinsicht auf das Abkommen mit Polen.

Andererseits wird darauf hingewiesen, eine Genehmigung der Young-Gesetze ohne die gleiche für sämtliche mit ihnen verbundenen Liquidationsvereinbarungen läßt die Ratifizierung der Haager Abmachungen namentlich in Frankreich in Frage stellen. In Paris hatte der deutsche Volkskammer von Hoesch am Sonntag eine Unterredung mit dem von London zurückgekehrten Ministerpräsidenten Fardieu, bei der über die Haager Ergebnisse und die Erwartungen in Deutschland und Frankreich gesprochen worden sein soll.

Snowden für Abrüstung.

Rüstungen rufen Kriege hervor.

Mit Bezugnahme auf die zurzeit in London tagende Seeabrüstungskonferenz hielt Schatzkanzler Snowden eine Rundfunkansprache, die in den Vereinigten Staaten und Kanada verbreitet wurde. Er sagte darin u. a.:

Die Flottenabrüstung geht bisher befriedigend vonstatten und ihre Vorklässe werden, wie ich glaube, den Nationen auf dem Weg zur allgemeinen Abrüstung vorwärts helfen. Jede große Macht, mit Ausnahme Deutschlands, das unter Zwang abgerüstet hat, gibt heute viel mehr für Rüstungen aus als vor dem großen Kriege. Die Nationen der Welt wenden jährlich 4,50 Milliarden Dollar für Rüstungen auf, wovon 60 Prozent auf die europäischen Länder, 20 Prozent auf die Vereinigten Staaten und 20 Prozent auf die übrige Welt entfallen. Der richtige Lehrsatz, daß Vorbereitung die beste Politik sei, um Kriege zu vermeiden, hat sich als vollkommen falsch erwiesen. Rüstungen rufen Kriege hervor und erwecken bei internationalen Meinungsverschiedenheiten stets den Wunsch, auf sie zurückzugreifen, um die eigenen Forderungen durchzusetzen. In Wirklichkeit aber bringt ein Krieg niemals eine Lösung und gibt nicht einmal den Siegern das Gefühl der Sicherheit.

Die Seeabrüstung

Zuversichtliche Auffassung Macdonalds

Im Englischen Unterhaus erklärte Ministerpräsident Macdonald, die Seeabrüstungskonferenz habe auf der ganzen Linie Fortschritte gemacht, und man sei einem Abkommen über die Methode der Rüstungsbeschränkungen, die seit Jahren die Fortschritte der vorbereitenden Abüstungskommission hemmten, näher gekommen. Macdonald fügte hinzu, die Frage des Gleichgewichts der Seemächte sei mit Aufrichtigkeit erörtert worden.

Die Ostpolitik.

Zum Polenabkommen veröffentlicht die in Karlsruhe erscheinende Badische Presse einen Berliner Brief, der über die Angabe nach von einer Seite zuging, die sich mit der Frage eingehend beschäftigt hat. Der Artikel wirft die Frage auf: Was wäre passiert, wenn Deutschland das Liquidationsabkommen nicht abgeschlossen hätte? Die Antwort lautet: Sicher wäre dann mit solchem zu rechnen: Polen hätte den Young-Plan nicht akzeptiert, Polen hätte den letzten Rest des deutschen Großgrundbesitzes liquidiert. Ferner hätte damit gerechnet werden müssen, daß Polen das Wiederankaufsrecht rückstandslos gegen die 12.000 Völkler von deutschen Rentengütern angewendet hätte. Der Artikel fährt dann fort, man sei überzeugt, daß es besser sei, durch vertragmäßige Bindung Polen das Handwerk zu erschweren, statt auf zweifelhaften Rechtspositionen zu bestehen. Es wird unterstrichen, daß aus den Erklärungen der maßgebenden Staatsmänner hervorgehe, daß ein Austausch in unserer Ostpolitik weder im Vertrag liegt noch an den maßgebenden Stellen beabsichtigt sei.

Das Zentrum bleibt standhaft.

Erst Rassenanierung — dann Young-Plan.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat sich in ihrer Montag-Sitzung in der Hauptsache mit dem Young-Plan und dem Vorgehen der Fraktion beschäftigt. Dabei hat sie einstimmig das Vorgehen des Vorstandes gebilligt, der, wie erinnerlich, in der Besprechung der Parteiführer darauf gedrungen hat, daß noch vor der dritten Lesung des Young-Plans eine gesetzlich gesicherte Sanierung der Reichskasse zu Ende kommt. Im Auftrage der Fraktion sind die Kabinettsmitglieder des Zentrums, von Guérard, Dr. Stegerwald und Birt, sofort beim Reichskanzler vorstellig geworden, um die Aufstellung ihrer Fraktion erneut in ganzer Breite zur Sprache zu bringen. Der Reichskanzler gab in der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion Mitteilung von dem Schritt der Zentrumsminister.

Weitere Ergebnisse der Fraktionsberatungen.

Aber das Ergebnis der übrigen Fraktionsberatungen wird weiter bekannt, daß die Demoralisation den Young-Gesetzen und auch den Liquidationsabkommen zustimmen werden. Die Stellung der Fraktion zum Young-Plan wird im Reichstag an erster Stelle Abgeordneter Dr. Dernburg vertreten.

In der Sitzung der völksparteilichen Reichstagsfraktion wurde unter anderem erörtert, welche außenpolitischen Wirkungen eine Verzögerung des Abschlusses des Liquidationsabkommens mit Polen haben könnte. An der Aussprache hüber beteiligte sich auch Reichsaussenminister Dr. Curtius. Die Genehmigung der Young-Gesetze durch die Deutsche Volkspartei dürfte feststehen.

Russisch-deutsche Spannung?

Nachklänge zum Tschernozemfälscherprozeß.

Die russische Presse gefällt sich fast durchgängig in harten Angriffen gegen Deutschland wegen des freisprechenden Urteils im kürzlich abgeschlossenen Tschernozemfälscherprozeß. Das Urteil, sagen die russischen Zeitungen, stelle eine offene Herausforderung der Sowjetunion dar. Das Berliner Gericht habe sich in vollem Umfange den von der Verteidigung der Fälscher aufgestellten Grundsatzen zu eigen gemacht, jeder Angriff auf die Sowjetunion entspreche den politischen Interessen Deutschlands, jedes nachgewiesene offensichtliche Verbrechen höre auf, ein Verbrechen zu sein, wenn es sich gegen die Sowjetrepublik richte. Das Berliner Gericht habe den vollen Beweis geliefert, daß Deutschland im Lager der Feinde der Sowjetunion stehe. Wie könnten die verantwortlichen Leiter der Deutschen Republik etwa glauben, es werde ohne Einfluß auf die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion bleiben, wenn sie des Glaubens wären, auf deutschem Boden sei gegenüber Sowjetrußland alles erlaubt? Der Vertrag von Rapallo lege selbstverständlich nicht nur der Sowjetunion, sondern auch Deutschland klare Verpflichtungen auf. Durch Taten und nicht durch Worte müßten die Führer der deutschen Politik beweisen, daß sie der gleichen Auffassung seien.

Von deutscher Seite

wird in halboffizieller Form darauf hingewiesen, daß die deutsche Öffentlichkeit nach jeder Richtung hin die politischen Bestrebungen der Angeklagten verurteilt, die gegen den Bestand der befreundeten Sowjetmacht gerichtet waren. Andererseits sollten die Moskauer Organe doch auch Verständnis dafür haben, daß die deutsche Rechtsprechung keine Klaffen gerichtsbarkeit ist und daß sie sich durch keinerlei politische Gesichtspunkte beeinflussen lassen darf. Wie das ganze Gerichtsverfahren selbst, so habe sich auch das Urteil des Berliner Gerichts vollkommen im Rahmen der deutschen Rechtsprechung gehalten, deren Objektivität nach keiner Richtung hin anzuzweifeln sei.